

LINKS DER NEISSE



„Ist das Gerecht?“ - Thementour der Linksfraction im Landtag und Bundestag
Die sächsische Landtagsfraktion und Bundestagsfraktion gehen gemeinsam auf Gerechtigkeitstour durch ganz Sachsen - auch im Landkreis Görlitz. *mehr dazu auf Seite 5*



mehr dazu auf Seite 3



Links wirkt!

EU-Parlament auf Antrag der LINKEN für Freigabe der Impfstoff-Patente.

DIE LINKE.

Die nächsten (feststehenden) Termine:

- 5.6. Welttag der Umwelt und Fahrradtour
- 11.6. Stammtisch des Ortsverband Görlitz
- 19.6. Bundesparteitag zur Verabschiedung des Wahlprogrammes
- 20.6. LAG & BAG Frieden (online) - „Rußland / Sowjetunion damals und heute“
- 21.6. Gedenkveranstaltung der Bundestagsfraktion zum 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion
- 23.6. Friedensaktion am Truppenübungsplatz
- Juli Präsentation der Kampagne
- 8.7. Stammtisch des Ortsverband Görlitz
- 19.7. Öffentliche Diskussion im Mewa-Bad Ostritz
- 26.9. Bundestagswahl

Steuervermeidung: Die Methode Amazon

Bild: Racool_studio von www.freepik.com

Mehr auf Seite 5

Inhalt:

Finanzen	S. 2
Ostermarsch	S. 3
Europäische Linke	S. 4
Bundespolitik	S. 5
Sachsens Linke	S. 6
Aus dem Kreisverband	S. 8
DIE LINKE. vor Ort	S. 10
Forum & Diskussion	S. 12



Mehr ab Seite 7

Theater erhalten!

Von ErwinMeier - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, von www.wikipedia.de

Liebe Genossinnen und Genossen

Der Wahlkampf kommt so langsam in Fahrt und auch bei mir werden die Abrechnungen mehr. Zuallererst möchte ich mich bei all den Genoss*innen bedanken, die bereits fleißig gespendet haben. Ihr seid spitze! An der Stelle auch ein großes Dankeschön an alle Finanzverantwortlichen, die mir mit ihren Zuarbeiten das Schatzmeisterleben vereinfachen. :-)

Die Spendenbescheinigungen sind mittlerweile auch bei den meisten eingetrudelt. An der Stelle möchte ich mich für die Unvollständigkeit einiger entschuldigen. Wir haben dieses Jahr kurzfristig selber drucken müssen, und unser alter Drucker hat einige Dateien gefressen, ohne dass wir es bemerkt haben. Wenn euch hier noch was fehlt, wendet euch bitte umgehend an mich!



Doch jetzt noch mal den Schwenk auf die Zeit nach dem Wahlkampf, wie ihr bestimmt alle wisst, stehen Ende des Jahres Neuwahlen für den Kreisvorstand an. Ich möchte auch mein Handeln transparent gestalten und möchte euch deswegen darüber informieren, dass ich aktuell (Stand Mitte Mai) noch nicht sagen kann, ob ich die Position noch einmal übernehmen kann oder nicht. Der Grund hierfür ist ein ziemlich einfacher, aber auch ziemlich wichtiger. Unsere Bundes- und Landespartei befindet sich aktuell in Gesprächen, wie unsere Parteifinzen anders strukturiert werden können. Es gibt viele Kreisverbände, die große Schwierigkeiten haben, den Posten der Kreisschatzmeister*in zu besetzen. Die Gründe hierfür sind, denke ich, mannigfaltig. Fakt ist aber, dass die Ideen zu den neuen Strukturierungen auch uns Schatzmeistern wohl erst im August/September vorgestellt werden. Wenn sich aus den Veränderungen Strukturen ergeben, die mehr Arbeit auf meinen Schultern bedeuten, werde ich die Position nicht mehr ausüben können. Sollten sich die Änderungen nur bedingt auf meine Arbeit auswirken, werde ich, denke ich, noch einmal antreten. Nichtsdestotrotz habe ich einen Wunsch: Vielleicht gibt es jemanden unter euch, die oder der sich vorstellen könnte, mir mal ein bisschen über die Schulter zu gucken und vielleicht bei dem ein oder anderen Buchungsvorgang unterstützen könnte. Es gibt einige Kreisverbände, die mittlerweile „Tandem“ buchen und ich kann mir so was auch für uns vorstellen. Das hat zwei sehr große Vorteile. Der eine Vorteil ist banal wie simpel, wenn mit mir mal etwas ist und ich, aus welchen Gründen auch immer nicht erreichbar sein kann, gibt es eine Person, die mich vertreten kann (Indem sie über bestimmte Vorgänge Auskunft geben kann oder im Zweifel auch selbst buchen könnte). Der andere Vorteil ist an sich auch klar, ich studiere noch bis 2023 wie es danach mit Job oder Master weitergeht, kann ich noch nicht sagen. Ich plane zwar in der Region zu bleiben, aber man weiß ja nie. Vielleicht kann sich die Tandem-Person dann vorstellen, das Amt zu übernehmen. Abgesehen davon ist es natürlich auch eine Arbeitserleichterung. :-) Ihr könnt ja mal in euch gehen, ob es jemanden von euch oder in eurem Umfeld gibt, der/die Interesse an der Sache haben könnte. Keine Angst: selbst wenn es niemanden gibt, ist das Kind schaukelbar.

Ich wünsche uns jetzt noch einen starken Wahlkampf mit vielen netten und interessanten Gesprächen!

Hanni

Ostermarsch in Cottbus am 5. April



Friedenskundgebung in Cottbus, Bildrechte: Heike Krahl

50 Teilnehmer versammelten sich mit Transparente und Fahnen in Cottbus vor der Stadthalle und mit dem Lied „Sage NEIN“ und der Grußbotschaft von Constantin Wecker an die Ostermärsche begann die Veranstaltung, wo er deutlich gegen Krieg, Hunger und weitere Rüstungsverkäufe aufruft und fordert, den Aufrüstungswahn zu beenden.

Major a. D. Florian Pfaff, der den Kriegsdienst im Irak verweigert hat, berichtete, dass er die Gesetze missachten sollte, sonst wird er entlassen, was letztendlich auch passierte „Frieden kann man nicht durch Militär erreichen, wenn man Frieden hat, hat man Sicherheit, dann braucht man kein Militär.“

Lühr Henken – Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, Mitglied der Friedenskoordinative (FRIKO Berlin) Beirat Informationsstelle Militarisation IMI wartete mit aktuellen Zahlen zu Aufrüstung, auf die ich hier mitteilen möchte, weil sie erschreckend sind.

Seit 2014 befinden wir uns im Aufrüstungsmodus mit dem Ziel, den Bundeswehretat aufzustocken und so haben wir den aktuellen Höchststand von 53 Milliarden € erreicht. Dies ist nicht das Ende der Rüstungsspirale, denn das anvisierte Ziel von 2 % BIP mit 90 Milliarden € ist noch nicht erreicht.

Megaprojekte sind beabsichtigt. Nicht mehr internationales Krisenmanagement, sondern Großkonflikte gegen China und Russland ist die Losung. Zur Landes- und Bündnisverteidigung soll nach Karenbauer jede Woche ein neuer Panzer, jeden Monat ein neues Flugzeug, jedes Jahr ein neues Schiff angeschafft werden, sodass nach 10 Jahren die Verdoppelung der Schlagkraft erreicht ist.

Heeresinspekteur General Alfons Mais Ziel soldatischen Drills ist, dass die Landes- und Bündnisverteidigung durchsetzungsfähig, kriegsbereit und siegesfähig sein wird und gewinnen kann.

100 Milliarden € für den Kauf von Kampfjets in USA sind geplant und sollen US Atombomben transportieren, Kampfpanzer MGCS - ohne Besatzung; 5000 Stk. mit Umsätzen bis 100 Mrd € werden bis 2035 angeschafft. Eurodrohnen zur elektronischen Kriegsführung im Radius 400 km; 21 Stück ab 2029, die lasergelenkte Bomben mit 227 Tonnen schwer sind im Plan.

General der Heeres Zorn : Das Kampfflugzeugsystem FCAS soll das größte Projekt werden und ist für 2040-2080 vorgesehen, die Entwicklung sogar schon dieses Jahr beginnen. Das System ist atomwaffenfähig, beinhaltet Kampfflugzeuge, bewaffnete Drohnenschwärme, Kampfdrohnen, Satelliten, Tankflugzeuge, Schiffe, Heereseinheiten und stellt ein künstliches intelligentes System dar. Der Umsatz beträgt 500 Milliarden, ist 5x gigantischer als Eurofighter und durchdringt Luft, Wasser, Land und den Cyberraum und soll die Weltherrschaft bringen und in allen Kategorien des Luftkampfes Luftüberlegenheit sicherstellen.

Hier wird Geld für Krieg und Krisenherde verschleudert. Geld, das dringend gebraucht wird für den Erhalt des Klimas, für gleiche Bildungschancen, gegen Hunger und für Bekämpfung der Fluchtursachen. Fordern wir das Ende des Rüstungswahnsinns.

Für mich heißt das, Berlin muss dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten.

Im Bundestag darf am letzten Sitzungstag im Juni nicht das FCAS System und der Eurofighter beschlossen werden.

Lasst uns etwas dagegen tun!!

Ostermarsch

VIII Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas

6 Jahrzehnte führten Fidel, Raul und Wegbegleiter das Land nach der Revolution. Jetzt war es an der Zeit, einen Generationswechsel zu vollführen. Die letzten drei Comandantes übergaben ihre Verantwortung an die jüngere Generation. Raul Castro, 89 Jahre, kandidierte nicht mehr für den Vorsitz der PPC, sein Stellvertreter Rose Ramon Machado Ventura, 90 Jahre alt und der Vizepräsident des Staats- und Ministerrates Ramirino Valdes Menendez, 88 Jahre alt, übergaben ihre Ämter. Damit vollzog sich der Generationswechsel in der Leitungsebene der Partei, nachdem dieser an der Spitze von Staat und Regierung bereits vollzogen wurde. Ventura betonte in der Eröffnungsrede, er sei sicher, dass die Jüngeren die sozialistische Entwicklung des Landes weiter voranbringen und verteidigen werden. Die Partei habe im

Moment mehr als 700.000 Mitglieder in 58.000 Parteigruppen. Inhaltlich standen auf dem Parteitag, der auf 300 Delegierte durch Corona begrenzt war, die Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz, Maßnahmen zum Abbau struktureller Defizite des Wirtschaftsmodells, die keine Anreize für Arbeit und Innovation bieten, sowie Konzepte zur wirksamen Abwehr subversiver Angriffe im Mittelpunkt. Angesichts der durch die sich immer weiter verschärfenden Wirtschaftsblockade entstandenen Schäden und Versorgungsengpässen soll der private Sektor ausgebaut werden. Doch hier gibt es Grenzen, die nicht überschritten werden können, ansonsten führt das zur Zerstörung des Sozialismus. Der Wunsch, in Kuba ohne Arbeit nur mithilfe von Subventionen leben zu können, sollte ein für alle Mal der Vergangenheit

angehören. Der Lebensstandard der Kubaner soll durch das Einkommen geprägt sein, welches sie mit ihrer Arbeit erzielen. In der Aprilausgabe habe ich dazu bereits eine Reihe von Ausführungen gemacht.

Etwas zu Corona in Kuba. Das Genzentrum in Havanna entwickelte einen Impfstoff gegen Corona für Kinder. Aktuell befinden sich zwei in Kuba entwickelte Impfstoffe in der dritten und letzten Studienphase. Inzwischen haben 98 % der rund 48.000 Teilnehmer ihre zweite Impfdosis erhalten. Ab Juni soll die Massenimpfung der Bevölkerung mit dem eigenen Impfstoff beginnen. Bis Ende des Jahres will Kuba seine Bevölkerung vollständig immunisiert haben. Dazu wünschen wir viel Erfolg.

Wolfgang Böttger (CubaSi)



Martin Schirdewan

Steuervermeidung: Die Methode Amazon

Linke einen weltweiten Mindeststeuersatz bei Unternehmen von 25%, um zu verhindern, dass Staaten als willfähriger Handlanger der Unternehmen, in einen schädlichen Steuerdumping-Wettstreit treten.“

„Amazon verbucht ca. 75% seiner Umsätze aus dem Geschäft außerhalb der USA im europäischen Niedrigsteuerparadies Luxemburg. Wollen wir diese Steuerungerechtigkeit konsequent bekämpfen, brauchen wir eine Digitalsteuer, in der die Umsätze dort versteuert werden, wo sie anfallen. Zusätzlich brauchen wir eine europäische Übergewinnsteuer, um die Kosten der Krise gerecht zu verteilen!“

„Alle Steuern, die Multinationale Unternehmen und BigTech nicht leisten, zahlt jemand anderes. Wir brauchen Steuerungerechtigkeit jetzt. Weltweit werden Billionen für den Wiederaufbau der Wirtschaft aufgebracht. Dieses Geld muss gegenfinanziert sein, sollen am Ende nicht wieder die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Zeche zahlen.“

Am 14. Mai wurde eine Studie über das Steuervermeidungsmodell von Amazon veröffentlicht. Die Studie wurde von Richard Phillips, Jenaline Pyle und Ronan Palan im Auftrag von Martin Schirdewan, Mitglied im Finanz- und Währungsausschuss und im Sonderausschuss für Steuerfragen und Ko-Fraktionsvorsitzender der Linken im Europäischen Parlament, erstellt. Martin Schirdewan erklärt dazu:

„Amazon hat wohl in den vergangenen Jahren durch Steuerumschichtung und Bilanztricks weltweit so gut wie keine Steuern gezahlt. Amazon hat aus Steuervermeidung ein Geschäftsmodell erschaffen. So haben sie sich einen Wettbewerbsvorteil gegenüber ihrer Konkurrenz aufgebaut.“

„Die Studie zeigt, wie Amazon über luxemburgische Tochtergesellschaften massive Betriebsverluste aus dem Ge-

schäft außerhalb der USA, insbesondere Indien, verzeichnet. Diese Verluste können in Steuergutschriften in den USA umgewandelt werden, so dass Amazon wenig bis überhaupt keine Steuern zahlt.“

„Amazon hat über die Jahre bis 2020 mehr Verlustvorträge angehäuft, als sie je an anfallenden Ertragssteuern zu zahlen hatte. In den vergangenen 10 Jahren hat Amazon mehr unversteuerte Gewinne erwirtschaftet, als sie an Steuern hätten zahlen müssen.“

„Amazon ist nicht das einzige schwarze Schaf. Diese Studie gibt erstmals einen wertvollen Einblick, wie akribisch Multis, insbesondere BigTech, Steuervermeidung perfektionieren. Dass das möglich ist, liegt auch am politischen Unwillen und der Unfähigkeit der Regierungen, entschieden gegen diese Steuervermeidung vorzugehen. Deswegen fordert die

Pressemitteilung MdEP Martin Schirdewan

„Ist das gerecht?“ – Linksfraktionen im Sächsischen Landtag und im Bundestag gehen auf Gerechtigkeitstour durch Sachsen



Die Linksfraktion im Sächsischen Landtag und die Landesgruppe Sachsen der Bundestagsfraktion sind seit dem 10. Mai 2021 auf Tour über die sächsischen Marktplätze. Der erste Stopp war begleitet von Zeitungen und Fernsehen in Freiberg. Entlang der Leitfrage **„Ist das gerecht?“** präsentierten sie die politischen Konzepte und ihre parlamentarische Arbeit in den Themenbereichen Rente, Gesundheit und Pflege sowie gesellschaftliche Ungleichheit. Blickfang war der 4x4x4 Meter großer Würfel, der auf Gerechtigkeitsfragen aufmerksam gemacht hat.

Bei uns in der Region macht die Tour vom 1. bis 4 Juni halt, bevor sie dann weiter nach Leipzig zieht.

Rico Gebhardt, Vorsitzende der Links-

fraktion im Sächsischen Landtag erklärt: „Dabei soll wegen der Pandemie nicht zu Massenaufmärschen mobilisiert und trotzdem vor Ort über die Arbeit der Abgeordneten informiert werden. Die Bürgerinnen und Bürger sind daher eingeladen, über die Themen der Tour oder über alles andere, das sie bewegt mit uns ins Gespräch zu kommen. Im Zentrum der Tour stehen unsere Konzepte als Linke, um das Land gerechter zu machen. Darüber zu reden ist dringlicher denn je, denn die Folgekosten der Corona-Krise drohen auf diejenigen Menschen abgewälzt zu werden, die schon jetzt nur ein geringes Einkommen haben. Dem stellen wir unsere Forderungen nach Umverteilung des Reichtums entgegen und plädieren dafür, dringende Probleme endlich anzugehen, die uns auch in der Pandemie das

Leben schwermachen: vor allem Armut und die Profitorientierung im Gesundheitswesen.“

Sören Pellmann, Vorsitzender der Landesgruppe Sachsen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag fügt hinzu: „Während die Pflegerin in der Klinik jede Menge Überstunden schiebt, die Kassiererin im Supermarkt für den Mindestlohn schuftet und Menschen in Kurzarbeit Existenzängste aushalten müssen, wuchs das Vermögen der Reichsten in Deutschland 2020 um 600 Milliarden Dollar. Die Schere zwischen Arm und Reich ist weiter geöffnet als je zuvor. Die Bundesregierung nimmt diese Entwicklung einfach hin. Anstatt sich um die unter der Krise existenziell leidenden Menschen zu kümmern, werden lieber Großkonzerne mit Milliardenschirmen gerettet. Diese Politik sorgt zurecht für Unverständnis und für einen Vertrauensverlust. Dem muss ein Ende gesetzt werden! Lediglich DIE LINKE zeigt hier regelmäßig, wo die Probleme liegen und setzt sich für die Verlierer der Krise ein. Gerechtigkeit geht nur mit neuen Konzepten und einer entschiedenen Umverteilung. Die Krise ist ein warnendes Zeichen, dass es kein ‚Weiter so‘ geben kann.“

Die Stationen der Tour sind bis Juli 2021 in zahlreichen Städten geplant. Eine Übersicht der Termine findet sich unter: <https://istdasgerecht.org>

Sebastian Schwalbe

Der Kampf gegen Hunger und Armut steht zu wenig im Fokus der deutschen Entwicklungspolitik

„Der Bericht Kompass 2021 zeigt, dass der Kampf gegen Hunger und Armut bislang zu wenig im Fokus der deutschen Entwicklungspolitik steht. Dabei hat sich die Situation durch die Pandemie nochmals massiv verschärft. Das Menschenrecht auf Nahrung muss Vorfahrt bekommen“, kommentiert Helin Evrim Sommer, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, den dies-

jährigen Bericht von Welthungerhilfe und terre des hommes. Sommer weiter: „Kinder und Jugendliche gehören zu den Hauptbetroffenen von bewaffneten Konflikten, die auch durch deutsche Waffen befeuert werden. Ein wirksames Verbot von Waffen- und Rüstungsexporten gehört auf die Tagesordnung. Die Bedürfnisse der Menschen müssen Vorrang vor geopolitischen und wirtschaftlichen

Interessen haben. Nur so können wir die Welt gerechter machen. Der Kompass 2021 bietet hierfür geeignete Vorschläge. Ohne die Arbeit und die Kritik der Praktikerinnen und Praktiker vor Ort läuft die Entwicklungspolitik Deutschlands Gefahr, in Selbstlob und Selbstzufriedenheit zu ersticken. Dafür besteht nun wahrlich kein Anlass. Die Bundesregierung muss dringend handeln.“



Antonia Mertsching, Quelle: DIE LINKE. Sachsen

Zur Antwort auf ihre Kleine Anfrage „Wasserhaushalt in der Lausitz“ (Drucksache 7/5615) erklärt Antonia Mertsching, Lausitzer Abgeordnete der Linksfraktion:

Wasserhaushalt in der Lausitz muss gesichert werden: Runden Tisch einrichten!

„Die Verdunstungswerte sowohl für das Lausitzer Seengebiet als auch für die Landfläche können kaum durch Schwarze Elster, Spree, Neiße oder das Sumpfungswasser aus den Tagebauen ausgeglichen werden. Die Sumpfungswasser werden in den kommenden Jahrzehnten durch die Beendigung des aktiven Tagebaus zurückgehen. Die Staatsregierung muss angesichts der letzten Trockenjahre neue Konzepte für den Wasserhaushalt der Lausitz entwickeln, am besten im Zusammenspiel der verschiedenen Akteure.“

Ich fordere einen Runden Tisch zum Wasserhaushalt in der Lausitz mit den

Landesbehörden aus Berlin, Brandenburg und Sachsen, der LMBV, den verursachenden und betroffenen Unternehmen, vor allem der Teich- und Landwirtschaft sowie der Wissenschaft, den Naturschutzverbänden und den Kommunen. Der Runde Tisch soll langfristig Lösungen für den Wassermangel in der Lausitz erarbeiten. Die LEAG muss schnellstmöglich ihr detailliertes Revierkonzept vorlegen, damit die Landesbehörden zusammen mit der LMBV für den Runden Tisch die Flutungs- und Nachsorgeszenarien entwickeln können. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Lausitz immer weiter austrocknet, wenn dem nichts entgegengesetzt wird.“

Pressemitteilung MdL Antonia Mertsching

Teil der Lösung sein, statt Abwehrkämpfe für Industrieinteressen führen

Antonia Mertsching sprach im Sächsischen Landtag über die Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) ab 2023. Sie kritisierte die sächsische Agrarpolitik seit 1990, die zu einer Konzentration der Anbauflächen und dem steten Rückgang der Anzahl an Betrieben bei gleichzeitiger Vergrößerung der Tierhaltung- und Mastanlagen führte bzw. im Bereich Obst und Gemüse zu Verlusten an Fläche und Produktion.

„30 Jahre hat die CDU das Landwirt-

schaftsministerium besetzt. 30 Jahre lang die Interessen der konventionellen Landwirtschaft vertreten. Die sächsischen Interessen werden dominiert von den üblichen Verdächtigen und ihren Abwehrkämpfen. Und sie machen immer weiter, statt endlich Teil der Lösung zu werden. Umweltschutz in der Landwirtschaft muss viel stärker prämiert werden.“

„Wir müssen uns von der Politik der direkten Flächensubvention verabschie-

den. Einkommens- und Versorgungssicherheit können auch ohne Wettbewerb und Marktlogik erreicht werden über die Förderung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze und Mindestabnahmepreise. Denn es gibt noch Lösungswege zwischen Planwirtschaft und Marktradikalismus, wenn man sich einmal vom Mantra der Wettbewerbsfixiertheit verabschieden würde.“

Pressemitteilung MdL Antonia Mertsching

Chancen nutzen, die Fördermittel bieten - keine halben Sachen beim Strukturwandel

Am 16. April wurde bekannt, dass die Mittel des europäischen Just Transition Fund (JTF) zum Großteil mit den Bundesgeldern für den Strukturwandel verrechnet werden. Dadurch entgehen dem Freistaat Sachsen 540 Millionen Euro. Die Lausitzer Landtagsabgeordnete der Linksfraktion, Antonia Mertsching, kommentiert:

„Die Mittel von der Europäischen Union für den Strukturwandel werden größtenteils verrechnet. Dadurch entgehen den klein- und mittelständischen Unterneh-

men in der Lausitz direkte Fördermittel für eine nachhaltige Ausrichtung oder für die Digitalisierung. Die EU-Mittel sollten ausgleichen, was über die Bundesmittel kaum möglich ist. Der SPD-Finanzminister Olaf Scholz hat daran offensichtlich kein Interesse, obwohl die zuständige EU-Kommissarin Elisa Ferreira auf eine Anfrage der LINKEN zur Mittelverwendung klar sagte, dass der JTF ‚die nationalen politischen Maßnahmen verstärken und nicht die nationalen Haushaltsmittel ersetzen‘ sollte.

Die Fördermittel für die Lausitz sind schon jetzt knapp bemessen. Für Unternehmen gibt es direkte Mittel aus zwei Bundesprogrammen. Der JTF könnte allerlei Fördermittel in Unternehmen bringen, um dringende Investitionen zu tätigen, Fachkräfte zu akquirieren und sich nachhaltig aufzustellen. Dass diese Möglichkeit jetzt verwehrt wird, obwohl sie allseits gefordert wurde, halten wir für komplett falsch! Wir wollen beim Strukturwandel keine solchen halben Sachen machen.“

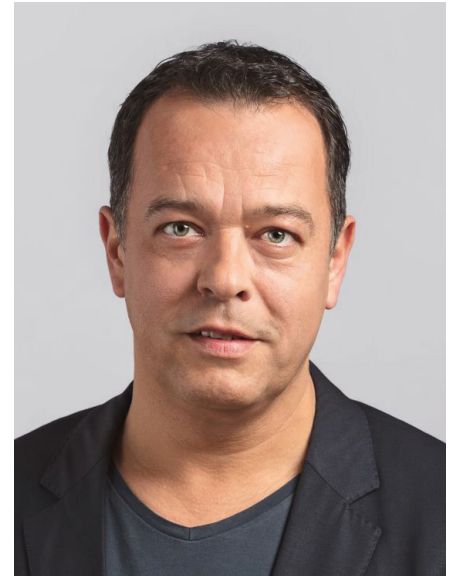
Theater muss sein, auch in der Oberlausitz - Görlitzer Theater retten

Zu der Debatte über ein Sparkonzept für die Theater in Görlitz und Zittau erklärte der kulturpolitische Sprecher der Linksfraktion, Franz Sodann:

„Die Linksfraktion solidarisiert sich mit dem Protest dreier Gewerkschaften gegen das Theater-Sparkonzept für die Einrichtungen in Görlitz und Zittau. Sie fordern die Offenlegung des vom Görlitzer Landrat in Auftrag gegebenen und als streng vertraulich eingestuften Gutachtens. Dass die Betroffenen erst aus der Presse von den beabsichtigten

Sparmaßnahmen erfahren, ist inakzeptabel. Ein Dialog unter allen Beteiligten, wie von den Gewerkschaften gefordert, ist unumgänglich, die Einbeziehung der Öffentlichkeit ebenso.

Würden die Vorschläge aus dem Gutachten – Abwicklungen und Fusionen – umgesetzt, bedeutete das einen irreparablen Schaden für die Theaterlandschaft in der Oberlausitz. Das Görlitzer Theater würde aufhören zu existieren und zu einer Konzert- und Theaterhalle für Produktionen von außerhalb umfunktioniert. Das darf nicht passieren.“



Franz Sodann, Bildnachweis: DIE LINKE. Sachsen



Mirko Schultze, Bildnachweis: DIE LINKE. Sachsen

In den letzten 4 Monaten war trotz pandemischer Lage viel los in Görlitz. Dazu möchte das Görlitzer Abgeordnetenbüro einen kurzen Überblick geben.

In diesem Jahr fielen alle Neujahrsempfänge aus mit denen sich Abgeordnete normalerweise zum Jahresanfang beschäftigen. Dafür beschäftigte sich das Abgeordneten Büro intensiver mit inhaltlichen Themen und stellte viele kleine Anfragen. Im Januar so etwa zu den Kosten und der Entstehung von Intensiveinheiten im Klinikum Görlitz, zu den Protesten an der B96 und den involvierten Gruppierungen, zu den Straftaten, welcher im Rahmen der Proteste an der B96 durch die Polizei aufgenommen wurden und außerdem immer wiederkehrend die Abfrage zu den Daten der Kameraüberwachung in der Altstadt.

Zur Arbeit des Landtagsabgeordneten

Im Januar kam ein weiteres brisantes Themenfeld für Mirko Schultze hinzu- der geplante Abriss der Stöckervillen am Postplatz. Dazu gab es dann einige Koordinierungstreffen und Gesprächsbis heute wird noch gekämpft und sich getroffen, um über die Lage an der ehemaligen Stillen Post zu beraten.

Im Februar beschäftigte sich Mirko Schultze mit einem Thema- das ihn schon seit sehr langer Zeit immer wieder auch als Stadtrat beschäftigt- die Stadthalle Görlitz. Dazu gab es nun auch im Stadtrat wieder neue Diskussion- gerade auch zu den Besetzungen der Ausschüsse. Mirko hat dazu einige Anfragen- gerade zur Finanzierung gestellt und wird auch nicht lockerlassen. Außerdem begannen im Landtag die Gespräche über das Finanzausgleichsgesetz und über den Doppelhaushalt- was für das Görlitzer Team viel Arbeit mit sich brachte. Es wurden Einzelpläne gelesen, Vergleiche gemacht, gebraustormt und über Änderungsanträge nachgedacht.

Der März ließ nun auch ein bisschen mehr Spielraum- gerade um sich auch mit Akteuren zu treffen. So gab es ein Treffen zum Kennenlernen mit dem neuen Theaterintendanten des Görlitzer Theaters, Daniel Morgenroth. Außerdem fand im März die große Katastrophenschutzkonferenz online statt- an der Mirko als zuständiger Sprecher für Katastrophenschutz und Feuerwehr na-

türlich teilnahm.

Von Januar bis April fanden auch regelmäßige Stammtische des Görlitzer Ortsverbandes Online statt. Der Stammtisch ist eine Möglichkeit sich in einem lockeren Rahmen zu treffen und auch einmal über nicht- politische oder über lockere Themen zu sprechen. Natürlich ist der Stammtisch des Ortsverbandes ein niederschwelliges Angebot- jeder kann daran teilnehmen. Außerdem fanden von Januar bis April regelmäßig die „Frag doch mal den Schulle“ statt. Ein Onlineformat bei dem thematische Fragen Live an Mirko gestellt werden können- er beantwortet sie dann auch in dem Live-Stream.

Im April wurden wieder sehr viele kleine Anfragen an die Staatsregierung eingereicht. Diese bezogen sich auf die Themen: Lausitzfestival, Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und zu den Lebensunterhaltungskosten von Menschen in Werkstätten für behinderte Menschen während der Pandemie.

Im April fanden auch viele Termine und Veranstaltung in Organisation des Büro´s von Mirko Schultze statt. Beispielsweise eine Veranstaltung mit der Bundestagskandidatin Clara Bünger zum Thema „Menschenrechte sind unverhandelbar“ statt- sowie auch ein Frag doch mal den Schulle.

Ein Kennenlertreffen mit der Freiwilligenagentur Görlitz fand ebenso statt, wie ein Treffen mit dem DRK Görlitz.

DIE LINKE unterstützt Bürgerbegehren „Schulplätze schaffen, Parkschule ausbauen“

Der Kreisvorstand der LINKEN, Görlitz und die Mitglieder der Zittauer Stadtratsfraktion der LINKEN begrüßen die Unterschriftensammlung, mit der ein Bürgerentscheid unter dem Titel „Schulplätze schaffen, Parkschule ausbauen“ auf den Weg gebracht werden soll.

Die Linke macht keine Abstriche an ihrer Programmatik! Für uns haben sowohl Bildung als auch Bürgerbeteiligung einen hohen Stellenwert. Jedoch muss die Stadt Zittau wegen ihrer finanziellen Schieflage beim Bau des Parkschulprojekts an anderer Stelle einsparen. Die Stadtratsfraktion wollte deshalb als große Lösung alle Auswirkungen auf Projekte oder Vorhaben vollständig abklären und gleichzeitig Verhandlungen mit dem Freistaat über zusätzliche Mittel anregen. Im Ergebnis wird die Schulinvestition zurückgestellt und die schwierigen Lern- und Lehrbedingungen an der Parkschule bestehen fort.

Wir verstehen, dass eine solche politische Entscheidung gerade von Betroffenen nicht akzeptiert werden kann.

Wir stellen uns dieser Kritik und halten uns nicht für unfehlbar. Aus diesem Grund wird der Kreisvorstand der LINKEN, Görlitz die Unterschriftensammlung aktiv unterstützen. Wir sehen im Bürgerentscheid eine gute Chance, noch intensiver mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt über Fragen von Bildung, aber auch von Haushalt zu diskutieren.

Das bedeutet für die LINKE, dass bei Zustandekommen eines Bürgerentscheids zu der Frage, ob die Parkschule ausgebaut werden soll, **alle Vor- und Nachteile öffentlich diskutiert und abgewogen** werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen bestmöglich informiert sein, um die Frage, ob die Parkschule erweitert werden soll, beantworten zu können. DIE LINKE wird dafür ihren Beitrag leisten.

Für DIE LINKE sind direkte Demokratie und repräsentative Demokratie eng

miteinander verknüpft. Sie sollen gemeinsam weiterentwickelt werden. DIE LINKE setzt sich für eine starke demokratische Teilhabe ein, die **allen Menschen gleiche Möglichkeiten der Mitgestaltung** des gesellschaftlichen Lebens garantiert. Die Verfahren müssen fair und bürgerfreundlich sein. Die Bürgerinnen und Bürger müssen in dieser schwierigen Haushaltssituation der Stadt an jeder Entscheidung, welche Einsparzwänge in anderen Bereichen nach sich ziehen wird, dringend beteiligt werden.

Unabhängig davon bleiben wir dabei: Mit dem Freistaat müssen für Zittau bessere Förderbedingungen ausgehandelt sowie die Kommunen auch in den anderen Bereichen zwingend besser finanziell ausgestattet werden. Denn: Diese Unterfinanzierung führt immer wieder dazu, dass wichtige Bereiche der Stadt darunter leiden und gegeneinander ausgespielt sowie Bürgerinnen und Bürger mit Ausgaben belastet werden.

Pressemitteilung des Kreisvorstandes

Theater darf nicht geschliffen werden!

LINKE beruft Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Rettung des Kulturangebots im Landkreis Görlitz

Nach der nicht öffentlichen Vorstellung der actori Studie zur Zukunft der Theater in Kulturraum und nach den Veröffentlichungen in den Medien berufen die Fraktionen der Linken im Kreistag, der Stadt Zittau und der Stadt Görlitz auf Initiative des Landtagsabgeordneten und Vorsitzenden der Kreistragfraktion Mirko Schultze eine Arbeitsgruppe Theater. Zweck ist Lösungsvorschläge zu erarbeiten die die Existenz des Gehart-Hauptmann-Theater mit seinen Spiel- und Inszenierungsstandorten sowie die Spartenvielfalt erhalten soll. Die Arbeitsgruppe soll neben Mitgliedern der Fraktion auch für Menschen geöffnet werden, welche sich an dem Prozess beteiligen wollen. Interessierte können sich unter mirko.schultze@slt.sachsen.de melden.

„Für uns ist die Studie ein Szenario des Grauens und wir verstehen nicht wie die

Auftraggeber im Rahmen der Beratungen eines sogenannten Lenkungsausschusses den Ursprünglichen Auftrag des Kreistages, die Standorte und das Angebot zu sichern so aus den Augen verlieren konnten. Als LINKE haben wir uns schon intensiv in die Fusionsdebatte eingebracht und werden auch diesmal nicht zusehen wie unser Theater kaputt rationalisiert wird. Theater, das heißt nicht nur ein wichtiges kulturelles Angebot, das heißt auch Zugang zu Kultur für Kinder und Jugendliche, das sind über 200 direkte und zahlreiche indirekte Arbeitsplätze, das sind Angebote von Orchestermusiker*innen in den Musikschulen und vieles mehr. Dies aufzugeben weil man an dem Dogma der Ausgabendeckelung festhalten will und dem Kulturbereich jährlich den Ausgleich von Kostensteigerungen und dem Mitarbeiter*innen eine wenigstens inflationsausgleichende Lohnentwicklung verweigert, was man bei Bauaufträgen oder Materialbeschaffungen nie in Frage stellt, sondern in der Regel bereits einplant.“ So Mirko Schultze.

Und weiter: „Wir nehmen den Aufruf des Landrates ernst, wenn er sagt „wenn sie das Theater retten wollen dann machen sie Vorschläge“ und öffnen diesen Prozess über die gemeinsame Arbeitsgruppe für alle Menschen die daran interessiert sind Kultur nicht tot zu rationalisieren. Wir werden eine LINKE Antwort erarbeiten und erwarten, dass der Landrat auch eine faire Debatte zulässt und nicht durch eine Alibibeteiligung letztlich den Plänen nur eine Scheinlegitimierung verschaffen will.“

Pressemitteilung der Fraktionen im Stadtrat Görlitz, Zittau und im Kreistag



Linker Leser:innenbrief an die Lausitzer Rundschau:

Das von Mitarbeitern der LR geführte und am 07. April veröffentlichte Interview mit der Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer und des Ministerpräsidenten Sachsens Kretschmer zur Erweiterung des Truppenübungsplatzes Oberlausitz soll ein Beitrag zur Strukturentwicklung in der Lausitz sein. Ein Verband mit 1000 Bundeswehrsoldaten soll stationiert und der TÜP Oberlausitz als Testbasis für automatische Systeme für den Luftraum sowie Bundeswehrlogistik ausgebaut werden.

Das ist für mich und Viele in der Region eine Verhöhnung hohen Grades. Unser Kreis gilt als einer mit geringsten Einkommen der Bürger, der größten Kinderarmut, die Perspektive des Krankenhauses Weißwasser ist unklar und die Kinderstation wurde geschlossen weil keine durchgehende stabile Belegung vorhanden war.

Auf dem TÜP sollen Millionen für Hoch-

rüstung ausgegeben werden. Es ist doch nichts anderes als ein neues Waffenlager und Übungsfeld für Drohnen. Drohnen sind keine Waffen zur Verteidigung sondern für die militärische Kundschaft und zum Angriff. Warum hier? „Klar ist aber nur, es muss diese Region sein, weil wir hier noch nicht wirklich gut präsent sind“ (VMKK) Die Zielstellung in Richtung Osten ist unverkennbar.

Mit der Planung Weißwasser als Garnisonsstadt werden Hunderte Angehörige der geplanten 1000 Soldaten zuziehen die auch Ansprüche auf Arbeit und soziale Betreuung stellen. Das, obwohl mehr als Tausend Werktätige aus Kohle und Energie im Rahmen der Strukturentwicklung einen neuen Job benötigen. Für mich ist auch das eine zusätzliche Belastung statt Hilfe.

Dieser „gewaltige Beitrag zum Strukturwandel“ kostet natürlich auch Geld.

„Was das Geld betrifft, das sind Mittel

die wir selbst in der Planung haben, um sie zu investieren. Aber natürlich ergibt sich für dieses Paket, das Mittel, die nach Bundesgesetz vorgesehen sind, auch mit eingesetzt werden. Und ich glaube das ist eine sehr intelligente Art. Mittel der Bundeswehr und die Strukturhilfe des Bundes klug miteinander zu kombinieren“. (VMKK)

Da fehlen einen die Worte, wie der Bund Strukturentwicklung macht, statt unseren Werktätigen die es betrifft, eine klare Perspektive aufzuzeigen.

Die Millionen, die hier vorgesehen sind, sollten für die Verbesserung der Pflege in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie zur Verbesserung des Kinderwohls eingesetzt werden.

Wenn Herr Kretschmer diese Maßnahmen als Riesenchance für Weißwasser hervorhebt, dann lehne ich das ab und hoffe die Bürger wissen das zu werten.

Gerhard Krüger

Bericht aus den Kreisvorstandssitzungen im April/Mai



Aktion zur Unterstützung der Seenotrettung auf der Landesvertreter:innenversammlung 2021

Bundestagswahl

Der Kreisvorstand beschäftigt sich vor allem mit der Planung und Durchführung des Bundestagswahlkampfes. Dazu gibt es digitale Aktionstreffen, welche per Mail beworben werden. Das nächste Aktionstreffen wird am 7. Juni um 19 Uhr stattfinden. Wer daran digital teilnehmen will, schreibt bitte Marko (kgf@dielinke-goerlitz.de) oder ruft ihn über 03575 216 28 93 an.

Kommende Termine zur Bundestagswahl:

5. Juni: Welttag der Umwelt rund um das Thema Braunkohle in der Oberlausitz und Tagebau Turów mit dem Fahrrad

ab 14 Uhr in Hirschfelde vor dem Bahnhof

23. Juni: Friedensaktion mit dem „Friedenspanzer“ am Truppenübungsplatz Oberlausitz, besonders in Rietschen

19. Juli: 19 bis 21 Uhr öffentliche Diskussion im Mewa-Bad Ostritz (Schulst. 1)

Die Plakatgenehmigungen wurden in allen Gemeinden des Landkreises beantragt. Dafür möchten wir besonders Heike Krahl danken.

Weitere Informationen aus dem Kreisvorstand

In Löbau und Niesky werden dieses Jahr Wahlen für die Oberbürgermeister:innen stattfinden. Wir unterstützen die Ortsverbände bei der Suche von Kandidierenden und bei der Vorbereitung des Wahlkampfes.

Der Kreisverband hatte auf der Landesvertreter*innenversammlung am 24. April eine Aktion zur Unterstützung der Seenotrettung durchgeführt. Für die Organisation möchten wir Heike Krahl danken.

Die Aktionen rund um den 1. und 8. Mai in den Ortsverbänden wurden begrüßt. Zum 1. Mai wurden Plakate in Görlitz aufgehängt und 5.000 Postkarten in Görlitz und Weißwasser verteilt. Zudem wurde eine Kundgebung in Zittau maßgeblich durch den Landtagsabgeordneten Mirko Schultze und den Genossen Yoko Neumann organisiert. Eine weitere Kundgebung fand in Ebersbach-Neugersdorf statt.

Am 8. Mai wurden an den verschiedenen Ehrenmälern im Landkreis an den Tag der Befreiung gedacht.

Der Kreisvorstand hat zudem mit der Stadtratsfraktion Zittau die Unterstützung für die Unterschriftenliste zur Erweiterung des Parkschulbaus beschlossen.

Die Finanzen des Kreisvorstandes haben sich stabilisiert und wachsen langsam an, um für die aktuellen und kommende Wahlen ausreichende Mittel zur Verfügung stellen zu können. Dafür möchten wir besonders unserer Kreisschatzmeisterin Hanni Stiller danken.

Marko Schmidt

Brand des Volkshauses: Wiederaufbau und Nutzung jetzt angehen

Nach dem schockierenden Brand des Volkshauses in Weißwasser: Wiederaufbau und Nutzung jetzt angehen

Sonntagmittag brannten weite Teile des Volkshauses in Weißwasser aus. Mit Bestürzung sahen die Landtagsabgeordnete Antonia Mertsching und die Stadträte der LINKEN die Bilder über die sozialen Medien und vor Ort. Sie bedanken sich bei allen Feuerwehrlern, Engagierten des THW, Polizei und Rettungsdiensten für ihren Einsatz. Für sie ist klar: wie es mit dem Volkshaus weitergeht, müssen die Bürger:innen in gemeinsamen Diskussionen klären.

Dazu kommentiert die Stadträtin Gudrun Stein: „Das Volkshaus Weißwasser ist für alle Bürger*innen ein wichtiger Identifikationspunkt. Hier fanden über Jahrzehnte viele Jugendweihen und kulturelle Veranstaltungen statt. Jede und jeder langjährige Weißwasseraner kennt eine Geschichte zum Volkshaus. Das Haus wurde durch die Mittel der Arbeiterinnen und Arbeiter der Stadt erbaut. Es bildet ein wichtiges Symbol der Bauhaus-Architektur in der Lausitz. Der Brand hat uns alle schockiert. So eine Tragödie kann eine Stadt aber auch zusammenbringen. Die Stadtverwaltung sollte sich mit Vereinen, Unternehmen und Bürger:innen der Stadt im Rahmen einer Bürgerversammlung zusammensetzen. Dabei ist zu diskutieren, wie es mit dem Volkshaus, den nächsten Schritten für den Wiederaufbau und der Nutzung des Volkshauses weitergehen soll.“

Die Lausitzer Landtagsabgeordnete Antonia Mertsching ergänzt: „Wie die Zukunft des Volkshauses aussieht, können nur die Weißwasseraner entscheiden. Die Mittel dafür sollen aus den Strukturwandel-Geldern kommen, genau dafür sind sie da.“

Pressemitteilung Antonia Mertsching

April 2021: Bericht von der Sondersitzung des Zittauer Stadtrates

Nachdem der Landkreis Görlitz die Erhöhung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten per Ersatzvornahme der Stadtverwaltung Zittau mitteilte, beantragte DIE LINKE gemeinsam mit der FFF-Fraktion eine Sondersitzung des Stadtrates.

Die Elternbeiträge wurden durch den Stadtrat nur minimal angehoben. Dies jedoch erst, nachdem eine Erhöhung zweimal durch den Stadtrat abgelehnt und anschließend von der Rechtsaufsicht für nichtig erklärt wurde. Auch die minimale Erhöhung wurde durch den Landkreis nicht akzeptiert. Daher erließ die Rechtsaufsicht des Landkreises eine Ersatzmaßnahme und ordnet eine deutliche Erhöhung an. Begründet wurde dies, da die Erhöhung der Elternbeiträge unter anderem im Haushaltsstrukturkonzept der Stadt beinhaltet ist. Ein Grund für DIE LINKE bereits im Jahr 2019 gegen das Konzept zu stimmen.

Folgerichtig wurde nun beantragt, das entsprechende Konzept aufzuheben.

Weiterhin wurde der Oberbürgermeister beauftragt, gemeinsam mit dem Stadtrat ein neues Haushaltstrukturkonzept zu erarbeiten und den Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Jens Hentschel-Thöricht begründete den Antrag unter anderem damit, dass das aktuelle Haushaltstrukturkonzept immer wieder als Grundlage für Beschlüsse herangezogen. Dabei wird dem Stadtrat der Gestaltungsspielraum entzogen und die kommunale Selbstverwaltung ausgehebelt.

Unverständlich für DIE LINKE ist ebenfalls, dass der Beschluss zur Ablehnung der Beitragserhöhung für die Kita durch die Rechtsaufsicht für ungültig erklärt wurde. Andererseits wurde der Beschluss zur Umstrukturierung der Feuerwehr, bei dem 500.000 Euro weniger als im Haushaltsstrukturkonzept verankert, eingespart wurde, nicht beanstandet. Dieser eklatante Widerspruch ist nach wie vor existent.

Bericht der Zittauer Stadtratsfraktion

Investition in die Köpfe statt in Beton

Seit vielen Jahren haben mein Mann und ich ein Abo für das Görlitzer Theater. Ob Oper, Operette, Schauspiel oder Ballett, wir sind selten enttäuscht nach Hause gefahren und haben die Aufführungen wie auch die Atmosphäre genossen. Silvester mit Freunden begann jährlich mit dem Theaterbesuch in Görlitz. Deshalb habe ich als Kreisrätin, wie meine Fraktion DIE LINKE, immer dafür gestanden, dass das Gerhart-Hauptmann-Theater sowohl in Zittau wie auch in Görlitz als wichtige Kulturstätten mit allen Sparten im Landkreis Görlitz erhalten bleiben. Als Fraktion haben wir uns z. B. an der Spendenaktion für die neuen Stühle beteiligt. Viele Jahre wurde darum gerungen, den Schauspieler*innen endlich Tarif zu zahlen, was für andere Branchen seit Jahren selbstverständlich ist. Und nun ein weiterer Angriff gar mit der Überlegung, das Musiktheater in Görlitz zu schließen! Das hat in meinem Freundeskreis helle Empörung ausgelöst. Man muss sich doch fragen, warum im Zuge des Strukturwandels Milliarden in die Lausitzer Infrastruktur

investiert werden sollen, wenn es sich nicht mehr lohnt, hier zu leben? Sollen die tollen Bahnstrecken, Autobahnen und Straßen dazu dienen, noch schneller die Lausitz zu verlassen? Wird es nicht langsam Zeit, statt in Beton und Stahl in die Menschen zu investieren? Ich hätte da zwei Vorschläge: Zum einen sollte jede Kreisrätin, jeder Kreisrat ein Jahresabo für das Theater erwerben. Dann könnte jede und jeder selbst sehen, was dort für Leistungen erbracht werden und Solidarität üben. Und zweitens fände ich es gut, wenn jede Schulklasse einmal pro Halbjahr ins Theater ginge. Das würde der humanistischen Bildung der Kinder und Jugendlichen gut tun, eine neue Generation von Theaterbesuchern heran bilden und Einnahmen für das Theater erbringen. Einen Teil des Eintrittsgeldes könnte als Investition in die Zukunft durch die öffentliche Hand sinnvoll eingesetzt werden. So stelle ich mir Strukturwandel vor.

Sabine Kunze

Zittau: LINKE bekräftigt am Tag der Befreiung Forderung nach bundesweitem Feiertag

Am 8. Mai 2021 gedachten Mitglieder der LINKEN anlässlich des Tages der Befreiung vom Faschismus an unterschiedlichen Gedenkortern den gefallenen Widerstandskämpfern und Soldaten der alliierten Armeen. Sie ließen ihr Leben, um das verbrecherische Regime Hitlers und seiner Gefolgsleute zu stürzen und die Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten zu beenden. Die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht Nazideutschlands bedeutete die Befreiung der Menschen in Deutschland und den besetzten Gebieten von der Nazischreckensherrschaft. Sie war die Voraussetzung der Entwicklung zu einer demokratischen und tole-

ranten Gesellschaft. Dass wir uns heute über den richtigen Weg zur Verteidigung und Weiterentwicklung unserer Demokratie beherzt streiten können, dass man sich weitgehend ohne Angst für mehr Gleichberechtigung und Toleranz einsetzen kann und vieles mehr nimmt seinen Anfang an diesem Datum. DIE LINKE tritt deshalb seit vielen Jahren dafür ein, den Tag der Befreiung zum bundesweiten Feiertag zu machen. Diese Forderung muss nun endlich Realität werden!

14 Uhr legte DIE LINKE auf dem Zittauer Frauenfriedhof Blumen an den Gräbern der Gefallenen nieder. Zuvor wurden Gedenkort in Großschönau, Oybin, Pet-



Frauenfriedhof Zittau

hau und Eichgraben besucht.

Jens Hentschel-Thöricht

Löbau: 8. Mai - Tag der Befreiung



Erinnerung an den 8. Mai in Löbau

Am 8. Mai haben auch im Bereich Löbau und Oberland Mitglieder der LINKEN an den Gräber von gefallenen sowjetischen Soldaten und an Gedenksteinen an den Tag der Befreiung erinnert. (siehe auch Bericht von Edith Peisert) Ähnlich wie im vergangenen Jahr wurden in Form von Stilem Gedenken an den 76. Jahrestag des Sieges der Roten Armee erinnert. So legten Genossinnen und Genossen aus

Löbau Nord und Mitte auf dem Katholischen und dem Evangelischen Friedhof in Löbau Nelken an den Gräbern nieder. Rita Heinrich, Vorsitzende der Löbauer Stadtratsfraktion, sprach emotionale Worte des Gedenkens.

Anschließend trafen sich 12 Mitglieder und Sympathisanten auf dem Ehrenfriedhof in Kottmarsdorf zu einer Gedenkveranstaltung. Genosse Uwe Radek aus Neugersdorf erinnerte an den historischen Sieg der Sowjetarmee am 8. Mai 1945. Die Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges sind Verpflichtung, sich mit aller Kraft für die Erhaltung des Friedens und die friedliche Lösung von Konflikten einzusetzen. Gerade wenn die deutsche Regierung den Tag der Befreiung in diesem Jahr völlig ignorierte, ist es Aufgabe der LINKEN, die Erinnerung an diesen historischen Tag wachzuhalten.

Edelgard Weidauer

Maifeiertage

Auch in Corona-Zeiten ließ es sich die BO der LINKEN nicht nehmen, an den 1. Mai zu erinnern. Haben wir doch in Neugersdorf, oberhalb der ehemaligen Rathäuser, den wahrscheinlich einzigen historischen Gedenkstein im Kreisgebiet aus dem Jahre 1890. Deutsche und tschechische Textilarbeiter trafen sich damals auf dem Butterberg, um für ihre Rechte zu streiten. Seitdem gibt es diesen kleinen Gedenkstein mit der Aufschrift EINIGKEIT MACHT STARK, der über Jahrzehnte vor der Polizei verborgen werden musste – eingebaut als Treppenstufe in einem Haus konnte er überleben und in der DDR-Zeit am Rathaus aufgestellt werden.

Es wäre eine schöne Tradition unseres Kreisverbandes, könnten wir uns am 1. Mai an diesem geschichtsträchtigen Platz treffen, denn 1890 wurde der Tag der Arbeit mit Streiks und Demos vieler arbeitender Menschen in Deutschland und Europa begründet.

Am 8. Mai, dem 76. Jahrestag der Befreiung, erinnerten wir an die furchtbaren Verbrechen der deutschen Nationalsozialisten. Wir gedachten der Opfer des Faschismus am Gedenkstein in Neugersdorf und am sowjetischen Ehrenmal in Ebersbach, danach legten wir zusammen mit den Löbauer GenossInnen rote Nelken auf dem Kottmarsdorfer Ehrenfriedhof der sowjetischen Soldaten nieder.

Edit Peisert

10.06. & 08.07. | 19:00 Uhr | Online
Virtueller Stammtisch
auf BigBlueButton

DANIELA DAHN
RAINER MAUSFELDTAM
TAM UND
TABU

WESTEND

Die Einheit:
Drei Jahrzehnte
ohne Bewährung

Buch von Daniela Dahn und Rainer Mausfeld
westend-Verlag - ISBN 978.3.86489-313-1
Preis: 18 Euro

1990 gilt als das wichtigste Jahr der Nachkriegsgeschichte. Alles scheint gesagt. Die Tabus überdauern. Die renommierte Essayistin und Mitbegründerin

TAM TAM und TABU: Die Einheit - Drei Jahrzehnte ohne Bewährung

des „Demokratischen Aufbruchs“ in der DDR, Daniela Dahn und der Kognitionsforscher Rainer Mausfeld nehmen sie ins Visier mit einem Blick auf bisher unterschätzte Zusammenhänge. Daniela Dahn versucht, wie in atemberaubend kurzer Zeit die öffentliche Meinung mit großem Tamtam in eine Richtung gewendet wurde, die den Interessen des Westens entsprach. Mit ihrer stringenten Zusammenschau reichen Materials aus den Medien wird das offizielle Narrativ über die Wende erschüttert. Rainer Mausfelds Analyse zeigt die Realität hinter der Rhetorik in der kapitalistischen Demokratie. Die gemeinschaftlichen Analysen werden in einem grundlegenden Gespräch vertieft und liefern einen schonungslosen Befund des gegenwärtigen Zustands der Demokratie.

Auszug aus dem Inhalt:

„Die Mär, wonach im März 1990 so gut wie alle DDR-Bürger so schnell wie mög-

lich mit Westgeld im blühenden Westgarten leben wollten, stimmte schon vor der Wahl nicht, das Wahlergebnis entsprach ihr nicht und die Folgen der Wahl erfüllten solche Hoffnungen nicht. Und dennoch hat sie sich bis heute gehalten. Der eigentliche Wunsch bestand darin, Eigenes in die Einheit einzubringen. Der Meinungsumschwung war einem Diktat aus Desinformationen, Zermürbung und Erpressung geschuldet. Der Kampf um Mehrheiten hatte der Mehrheit geschadet. Sie war einer Pseudo-Entscheidung zwischen zahlungsunfähiger Wirtschaft und dem Heilsversprechen der D-Mark ausgesetzt worden. Die Leute glaubten, um ihren Besitzstand zu wahren, sei es erstmal das Beste, die Kräfte des Geldes zu wählen. Sie lieferten sich den Finanzstarken aus, in der Hoffnung, dadurch selbst stark zu werden. Sie wollten das Kapital und wählten die Kapitulation.“

Sabine Kunze

Warum fehlt mein Thema in der LdN?

Wir suchen Redakteur:innen!

Weil du noch nicht dabei bist...

Du möchtest mithelfen? - Dann schick uns eine E-Mail!

**Impressum:**

Herausgeber: DIE LINKE, Kreisvorstand Görlitz
Redaktion: Mathias Fröck (V.i.S.d.P.), Sabine Kunze, Heike Krahl, Sebastian Schwalbe
Bitte alle Beiträge an:

linksderneisse@linksmail.de

Satz & Druck: Moving Fuchs Agentur

Auflage: 500 Stück

Redaktionsschluss: 12.7.21

Erscheinungsdatum: 1.8.21

Der Redaktion bleiben sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vorbehalten. Wer Rechtschreibfehler findet, darf sie behalten.

Spendenempfehlung: 1,50€

Unser Spendenkonto ist:

DIE LINKE, Görlitz
Volksbank Löbau Zittau

IBAN: DE 19 8559 0100 4500 3570 08

 **Klimaneutral**
Druckprodukt
ClimatePartner.com/12518-1907-1001

